

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Mack'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 38.

Neuenbürg, Donnerstag, den 15. Februar 1923.

81. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 14. Febr. Die bereits vom württ. Staatspräsidenten widerlegten Gerüchte, daß die württ. Regierung mit den Franzosen Sonderabmachungen über die Kohlenversorgung und andere Dinge treffen werde, sind auf eine Rede des Reichsministers Keil in einer sozialdemokratischen Versammlung in Marbad am 4. Februar zurückzuführen, die in aufreißendem Gegensatz zu der bisher von der württ. Regierung kundgegebenen Stellungnahme zur gegenwärtigen Lage stand. Minister Keil behauptete u. a., die Regierung Cuno habe das deutsche Volk in die gegenwärtige gefährliche Lage „hineingeführt“; die Gefahr hätte sich vermeiden lassen, wenn die Sozialdemokratie in der Reichsregierung wäre. Deutschland müsse die ihm auferlegte Kriegsschuldung erfüllen, zu Verhandlungen mit Frankreich bereit zu sein. Staatspräsident Eberhard hat dagegen wiederholt im Landtag und sonst, z. B. neulich in Karlsruhe, erklärt, die Beziehungen zu Frankreich seien absichtlich als unerfüllbar aufgestellt; würde es den Franzosen gelingen, den deutschen Widerstand zu brechen, so hätte Deutschland den Krieg zum zweiten Mal verloren. Wohllich sprach sich auch Reichspräsident Eberhard in Karlsruhe aus.

Stuttgart, 14. Febr. Als Nachfolger des gestern so rasch aus dem Leben geschiedenen Landtagsabgeordneten Köpfer kommt vorläufiglich der Oberweidenwarter Eisele, Unterstaatssekretär, in Betracht.

Karlsruhe, 14. Febr. Der Oberamtmann von Offenburg, Köpfer, ist gestern nachmittag, nachdem er sich geweigert hatte einen Befehl des französischen Kommandanten auf Anschlag von Bekanntmachungen der französischen Behörden zu verlesen, verhaftet worden.

Frankfurt a. M., 14. Febr. Die Lage im hiesigen Eisenbahndirektionsbezirk, sowie auch in dem benachbarten badischen Bezirk ist unverändert. Im Eisenbahndirektionsgebäude in Ludwigshafen scheinen die Franzosen ein Werkbureau für Eisenbahnen eingerichtet zu haben. Soweit festgestellt wurde, melden sich gestern Leute aus Elzhausen und dem Saarbrücken. Aus der Pfalz kommen über die Hiesigen Mannheimer-Germersheim-Magden keine Neuigkeiten mehr. Um die Wirtschaft in der Pfalz nicht zum Erliegen zu bringen, sind einige Güterzüge dorthin abgelassen worden. Im Mainzer Bezirk hat die beschlagnahmten Millionen-Beträge noch nicht herausgegeben worden. Desgleichen befinden sich auch bei dieser Gelegenheit gefangen gefasste Beamte noch in Haft.

Koblenz, 14. Febr. Die Rheinlandkommission hat seit dem 14. Januar bis heute im oberrheinischen Gebiet unter Ausschluß des Rheinlandes Düsseldorf insgesamt 86 Zeitungen auf 3 Tage bis 3 Monate verboten. Nicht eingeschlossen sind in diese Liste die Zeitungen, die zum zweiten und dritten Mal während dieses Zeitraums verboten waren. Die Verbote sind teilweise erfolgt wegen Veröffentlichung von Protestkundgebungen von Behörden, Beamten und Körperschaften, oder wegen der Weigerung der Redaktionen, Artikel der Rheinlandkommission anzunehmen, die die deutschen Beamten beschuldigen. Darüber hinaus haben die Rheinlandkommission und ihre Delegierten in den 4 Wochen seit Beginn der Rubrikation des Verbot von 28 im unbesetzten Gebiet erscheinenden Zeitungen im Rheinland Gebiet für 3 Tage bis 3 Monate unterzogen.

Bonn, 13. Febr. Die Franzosen versuchen nach Mitteilung von französischer Seite an verschiedenen Hauptstrecken Eisenbahnen des besetzten Gebiets militärische Eisenbahnstationen einzurichten. Die ersten Versuche in dieser Richtung sind in Bonn unternommen worden, haben aber bisher ein negatives Resultat gehabt. Auch in anderen großen Städten des besetzten Gebiets haben die Franzosen die Einrichtung militärischer Eisenbahnen infolge der handhohen Weigerung der Eisenbahner bisher nicht durchführen können.

Bonn, 13. Febr. Es werden Gerüchte ausgebreitet, als ob die Sammlungen für das Rotkreuz in Deutschland nicht für die Rotkreuzenden, sondern zur Beschaffung von Waffen verwendet werden. Demgegenüber wird amtlich festgestellt, daß die Verteilung des Rotkreuzes von einem großen Ausschuss, an dessen Spitze der Reichskämmerer steht, und der aus allen Kreisen zusammengesetzt ist, überwacht wird. Schon in voriger Woche wurden durch die französische Nachrichtenagentur Savas falsche Verdächtigungen verbreitet.

Berlin, 14. Febr. Im Haushaltsausschuß des Reichstags hat der Reichswehrminister mit, daß Süddeutschland eine fast überaus hohe Zahl von Offiziersanwärtern aufweist, mit denen das Heer versorgt werden könnte. Auch aus Norddeutschland ist großer Andrang vorhanden. Bei den Mannschaften ist es umgekehrt. Es besteht hier reichlicher Zugang aus der Landwehrlagerung. Doch fehlt es bei den technischen Truppen und der Marine an geeigneten Arbeitern. Im ganzen fehlen anwärtend 4-5000 Mann.

Berlin, 14. Febr. Für das Buchdruckgewerbe wurde gestern ein Schlichtungsgericht gebildet, das für die Zeit vom 19. Februar bis 1. März einen Spitzenschiedsrichter von 57000 Mark vorläufig für Orte mit 25 Prozent Kostenaufschlag. Bis zum 20. Februar ist außerdem eine einmalige Wirtschaftsbefreiung in Höhe eines Betrages des Tariflohnes der laufenden Woche zu zahlen. Infolge dieser Lohnsteigerung und weiterer Material-

preissteigerungen wird ab 19. Februar eine Erhöhung der Druckpreise um 75 Prozent eintreten.

Die Gründe für die neue Besetzung.

Offen, 13. Febr. Die Besetzung von Wiesel und Emmrich hält man in ununterrichteten Kreisen des Ruhrgebietes für eine Folge des misslungenen französischen Versuches, Kohlen über die südliche Linie des Ruhrgebietes hinauszubringen. Man hatte in den letzten Tagen schon Anzeichen dafür, daß die Franzosen mit den von ihnen besetzten Bahnstrecken Oberhausen-Gelsenkirchen, besonders mit den schwierigen Kleinbahnen von Oberhausen, nicht fertig werden und daher gesonnen wurden, sich auf die nördliche Bahnlinie Kettlinghausen-Bladbach zu werfen. Die Kohlengruben, die an dieser Bahnstrecke liegen, sind die jüngsten des ganzen Ruhrgebietes und ihre Erlassung mag daher den französischen Offizieren und Ingenieuren als die leichtere Aufgabe erscheinen. Die jetzt erfolgte Besetzung von Wiesel und Emmrich würde bedeuten, daß die Franzosen über den nördlichen Linien Kohlen herausbringen wollen. Man ist in Kreisen, die mit den technischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Ruhrgebiet bekannt sind, der Ansicht, daß auch dieser Versuch den Franzosen misslingen wird.

Vor schweren Tagen im Ruhrgebiet.

Unter der Überschrift „Vor schweren Tagen“ meldet der „Vorwärts“ u. a. aus Dortmund: Am Dienstagabend haben die Vertreter der Behörden, der Industrie und des Handels aus dem Ruhrgebiet in Hamm Besprechungen abgehalten über die allgemeine Lage. Insbesondere wurden die Sperremaßnahmen der Besetzung sowohl für Kohlen als für metallurgische Produkte erörtert. Es bleibt festzustellen, daß sämtliche Vertreter der genannten Institutionen über den Ausgang des gegenwärtigen Kampfes optimistischer Stimmung sind. Die schwersten Tage in dem augenblicklichen Ringen sehen jedoch noch bevor. Nichts könnte den Franzosen angenehmer sein, als Vorkommnisse, die zu neuen militärischen Zwangsmaßnahmen auch nur den geringsten Anlaß geben könnten. Daher gilt Ruhe jetzt als erste Pflicht. Der übergroße Teil der Bevölkerung entspricht dieser Notwendigkeit in gebührender Weise, trotz der jämmerlichen Angriffe französischer Zeitungsjournalisten und Soldaten; das Verhalten deutscher Männer ist zum Beispiel in der allgemeinen der französischen und belgischen Offiziere in den vertriebenen Städten geworden.

Wiederherstellung des Kriegszustandes durch Frankreich?

In Paris geht das Gerücht, um aller Hemmungen ledig zu sein, werde Frankreich den Kriegszustand für wiederhergestellt erklären. Diese Gerüchte haben neuerdings sogar ein Echo in der amerikanischen Presse gefunden.

Ausland.

Paris, 13. Febr. Die französischen Friedensgesellschaften erlassen durch ihre ständige Delegation einen Protest gegen die Ruhrbesetzung. Sie erklären darin, in Anbetracht des Umstandes, daß die militärische Besetzung die Zahlungsfähigkeit Deutschlands vermindere und die künftigen Reparationsabmachungen in Gefahr bringe, daß sie die Mißbilligung Europas und Americas wachere, in Deutschland den Haß auf das äußerste steigern, zu ernsthaften Zwischenfällen Anlaß zu geben drohe und dadurch gleichzeitig zu schweren Repressalien führen und daß sie auf diese Weise in einen neuen Krieg ausarten könne, werde die öffentliche Meinung aufgefordert, die internationale Lösung des Reparationsproblems zu verlangen, die allein imstande sei, einem Stände der Dinge ein Ende zu machen, der in Weltweite eine internationale Krise darstelle. Die öffentliche Meinung müsse die Forderung ansprechen, daß der Völkerverbund die gemeinsame Wiederherstellung der verwaisten Gebiete einem Studium unterziehe und vorbereite, desgleichen die Sanktionen gegen Deutschland, den Ausgleich der Schulden, sowie ganz allgemein die wirtschaftliche, moralische und politische Organisation des Friedens.

Die Schweiz und die Verkehrsperre.

Basel, 13. Febr. Seit der Besetzung des Ruhrgebietes und der ihr folgenden Einschränkung im Jugoverkehr, vor allem aber seit Unterbrechung des Verkehrs auf der Strecke Frankfurt-Basel zwischen Offenburg und Aachen weist der Verkehr auf den schweizerischen Bahnen einen empfindlichen Rückgang auf. Besonders seit dem französischen Einfall in Baden ist Basel für den internationalen Verkehr gänzlich ausgeschaltet, und der große Verkehrsverkehr von der Schweiz nach Deutschland, soweit er noch besteht, wickelt sich über Zürich, Schaffhausen, Immendingen, Stuttgart ab. Der Güter- und Personenverkehr nach Basel und nach dem badischen Oberland geht über Stuttgart-Immendingen-Waldshut. Der Bahnhof Waldshut, der für einen derzeitigen Verkehr nicht eingerichtet ist, ist gegenwärtig von Güterzügen direkt vollgepackt. Ein Zug löst den anderen ab. Noch nie hat man hier talau und talabwärts solchen Güterverkehr gesehen. Auch die Müll- und dem badischen Oberland für Mannheim und Karlsruhe muß natürlich über diese Strecke umgeleitet werden, wobei leider Verzögerungen nicht vermeiden werden können. Die Aufsichtsrung des französischen Vorkämpfers in Bern, daß die Franzosen, wenn die deutschen Eisenbahnen weiterhin in passiver Resignation verbleiben, den Jugoverkehr durch das besetzte badische Gebiet mit eigenem Personal wieder aufnehmen würden, findet auch

in der Schweiz wenig Glauben. Denn wer einigermaßen die deutschen Eisenbahnverhältnisse kennt, ist sich auch der Schwierigkeiten bewußt, die der Durchführung eines solchen Verkehrs entgegenstehen.

Ein neuer Versuch, die Eisenbahn in die Hand zu bekommen.

Paris, 14. Febr. Laut „Matin“ wird heute im Ruhrgebiet durch Anschlag bekannt gegeben werden, daß die deutschen Eisenbahnanstellungen nicht mehr zur deutschen Eisenbahnverwaltung gehören, daß sie verabschiedet sind und die notwendigen Eisenbahndienste durch die alliierten Behörden sichergestellt werden. Gleichzeitig wird den deutschen Eisenbahnanstellungen anheimgestellt, sich bei den alliierten Behörden zur Wiedereinstellung in den Dienst zu melden, doch werden sie in diesem Falle nicht mehr mit der deutschen Direktion zu tun haben. Wie der „Intransigent“ meldet, werden alle Bahnhöfe im Ruhrgebiet nur noch von französischen und belgischen Bahnkommissionen geleitet werden. Auf den im Ruhrgebiet fahrenden Zügen soll jetzt neben dem Lokomotivführer regelmäßig ein Deutscher als Beifahrer Platz nehmen, um damit den Gefahren absichtlicher Verhaftungen zu bergehen.

Beginnende Transportkrise in Frankreich.

Paris, 14. Febr. Der Führer der gemäßigten Sozialisten, Leon Blum, schreibt im „Populaire“ über das bisherige Ergebnis der Besetzung des Ruhrgebietes: Alle Tagen wachsen unsere direkten und indirekten Ausgaben für das Abenteurer. Unsere Transportkrise beginnt sich zu erneuern, weil wir Tausende von Eisenbahnern hergeben müssen für die Ruhrbesetzung, für ein Gebiet, das uns früher monatlich eine Million Tonnen Kohlen und jetzt nichts mehr liefert. Wenn wir einmal einen regelrechten Kohlenzug im Ruhrgebiet zusammenfassen können, so wird das von den offiziellen Blättern zu einem großen Sieg aufgemacht. Die französischen Sozialisten können ihren ausländischen Genossen keine Aufklärung darüber geben, ob die Franzosen im Ruhrgebiet bleiben, und die französische Regierung, die die Welt aufklären könnte, hält sich in Schwiegen.

Bonar Law's Urteil über die Ruhrbesetzung.

London, 14. Febr. Im Unterhaus sagte gestern Premierminister Bonar Law zur Besetzung des Ruhrgebietes, er sei überzeugt gewesen, daß Frankreich mit diesem Schritt etwas tat, was unbillig nicht nur für Deutschland, sondern auch für Frankreich selbst sein würde. Er sehe keine lichte Stelle in der Zukunft. Die französische Regierung habe sich auf ihre Pläne verflüchtigt und sei gebunden, sie durchzuführen. England habe immer noch seine Truppen in Köln, aber er, Bonar Law, wisse nicht, ob es möglich sein werde, sie noch länger dort zu belassen. Die Frage sei noch nicht akut, aber sie werde vielleicht akut werden. Die französische und die deutsche Regierung würden es vielleicht den englischen Truppen unmöglich machen, in Köln zu bleiben. Das würde ein Unglück sein. Obgleich man nicht jede Wendung voraussehen könne, würde es sehr bedauerlich sein, wenn die Entente zu Ende ginge. Und das würde der Fall sein, wenn England seine Truppen zurückziehe. Bonar Law fügte hinzu, er hoffe noch immer, daß irgend etwas geschehen würde, was es England ermöglichen würde, mit Aussicht auf Erfolg zu intervenieren. Er wird weiter darauf hin, daß England sich nicht dagegen gewandt habe, daß ein Druck auf Deutschland ausgeübt werden solle, sondern nur dagegen, unerfüllbare Forderungen zu stellen. Die Franzosen wollten Reparationen erhalten, aber sie wollten nicht, daß Deutschland stark genug sei, um Reparationen zu zahlen. Die französische Regierung wollte sich mit der Lage nicht abfinden, bevor ein Versuch mit der Besetzung des Ruhrgebietes gemacht wurde. Jetzt hat sie es versucht. „Ich hätte gehofft, wir würden in die Lage kommen, den Wiederaufbau Europas Seite an Seite mit Frankreich fortzuführen. Wir waren der Ansicht, daß der französische Schritt sehr verhängnisvoll für das Wirtschaftsleben Europas sein werde. Die Ereignisse haben das bestätigt. Was ich befürchten mußte, ist eingetreten und es ist noch kein Ende abzusehen. Die Ruhr ist die Handlungsgader des europäischen industriellen Lebens. Frankreich hat sich selbst mehr Schaden zugefügt als anderen.“

Ramsay MacDonald erklärte sodann, nicht nur die Besetzung des Ruhrgebietes, sondern die gesamte Idee, die die Staatsmänner bei der Formulierung ihrer Politik befolgt, habe einen Zustand des Chaos in Europa zustande gebracht. Es seien unmögliche Reparationen gefordert worden, denen unmögliche Sanktionen gefolgt seien. Schließlich sei man aus der Politik der Befreiung eines unabhängigen Staates und der Reparationen in die Politik des Imperialismus und der Anexionen hineingetricken worden. Ramsay MacDonald fragte, ob Frankreich seine Operationen auf den Empfang von Reparationen beschränkte, oder ob die Besetzung des Ruhrgebietes als der erste Schritt für die Proklamierung einer unabhängigen Republik anzusehen sei.

Hierauf ergriff Kéroul das Wort, der sagte, er wolle sich auf die Ruhrfrage beschränken. Er sei nicht erkrankt darüber, daß Frankreich wegen seiner Sicherheit in der Zukunft belagert sei, aber es gebe kaum einen schlechteren Weg, Sicherheit zu erhalten, als das Vorgehen Frankreichs an seiner Östergrenze, wo es möglicherweise für eine Reihe von Jahren ein zweites Elzhausen in Besitz nehme. Am besten wäre es, wenn die bel-

Kunzeigenpreis:

Die einpaltige Feitzelle oben oben Raum I, Blatt 80, A. außerhalb deselben 90, A. einschließt. Inzeratenheuer Kollektionszinsen 100 Proz. Zusätzl. Cherie u. Kunstwertstellung 20 Bl. Reklame-Zelle 220 A.

Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Nachverlehrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 14 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt.

Bernsprecher Nr. 4. Für telefonische Aufträge wird telefonische Gewähre übernommen.

1922.
pünktlichen Auftrags auf 1. März und Beitrags (vgl. Min. Anz.)
Oberamt: Wagner.
Neuenbürg.
Holzverkauf.
Baldungen: 2,02 VI. Klef. 23,57 III. Klef. IV., 3,87 V. 30 IV., 37,00 V.
Te. Buchen, 11 lichte
ogenten der von
ndpreise wollen
mittags 11 Uhr.
ann.
emeinderat.
bruar 1923.
e schmerzliche
liche Mutter.
mutter, Schmelz
ied,
eifer),
1/2 Jahren zu
erlebenen.
tag 4 Uhr.
prakt. Tätigkei
rzt
3-4 Uhr vor
use des Her
Huzele.

...er Biermarkt...
...von der...
...und leibarme...
...Wart und...
...wurden durch...
...erläßt: für...
...den Markt...
...des...
...sich...
...wurde wieder...
...sich an den...
...Blätter...
...und Ober...
...genommen...
...wurden...
...Regierung...
...leistung...
...und Angestellte...
...Kommission...
...in Essen...
...Scheu...
...sei, die...
...von den...
...ebenfalls...
...müssen...
...Mehrwert...
...von Land...
...kosten...
...verlangt...
...eingeführt...
...perert...
...Obwohl...
...Kreuznach...
...Franz...
...wurde...
...beiden...
...Jahres...
...militärischen...
...Paris...
...Wach...
...sien die...
...minister...
...en. Der...
...heute...
...deney...
...sich...
...Halle...
...Öffentlich...
...sich...
...hatten...
...gegeben...
...das...
...7000...
...Biermarkt...
...Wart...
...Kinder...
...Die...
...verboten...
...Kontroll...
...wegen...
...halten...
...den...
...von...
...dieser...
...für...
...7000...
...Biermarkt...
...Wart...
...Kinder...
...Die...
...verboten...
...Kontroll...
...wegen...
...halten...
...den...
...von...
...dieser...
...für...
...7000...

Paris, 14. Febr. Offiziell wird demontiert, daß die Regierung die Möglichkeit der Umgestaltung der Regierung ins Auge faßt. Das glaubt zu wissen, daß die Demission des Senatspräsidenten von Bourgeois heute in der Sitzung des Senats offiziell bekannt gegeben werde. — Der französische Arbeitsminister Le Trocquer wird zu direkten Verhandlungen mit England über das Regime des Eisenbahnverkehrs durch die britische Besatzungszone nach London reisen. — Der französische Finanzminister hat dem Kammerbüro einen Gesetzentwurf übermittelt, der die Genehmigung zur Ausgabe einer Anleihe von 13 Milliarden Franken vorsieht.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 14. Febr. Der Landtag beendigte heute die Beratung des Kultetats und befahte sich zunächst nochmals mit den Volksschulen, deren Not von allen Rednern lebhaft bezeugt wurde. Der Kultminister betonte, daß Regierung und Landtag der Volksschule immer besondere Sorgfalt, Liebe und Aufmerksamkeit geschenkt haben. Die überfüllten Klassen seien nur Folge des Mangels an Schulräumen. Der leidliche Not der Schulhäuser müßten die Gemeinden abhelfen. Die Verbesserung der Gehaltsverhältnisse der Lehrer sei auch vom Kultministerium angeregt worden. Gegen die Mißstände des Besuchs- und Kinobesuchs genigten die bestehenden Gesetze, wenn sie streng durchgeführt würden. Ein Antrag Schmedemann auf Einrichtung von Kindergärten, Berufung von Lehrkräften und Gewährung von Lernmittelfreiheit wurde abgelehnt. Zur Stuttgarter Waisenhausfrage erklärte Dr. Ueber, daß bezüglich der Unteroffizier-Vorbildungsanstalt in Württemberg noch Verhandlungen mit dem Reich schweben. Zum Anstellungsverhältnis wurde namentlich von dem Abg. Dr. Brudmann (Dem.) eine Forderung des Kunsthandwerks erhoben. Weiterhin wurde ein Antrag Schermann (Jr.) auf Abgabe kirchlicher Poudentiale angenommen und sodann auf längerer Erörterung zum Kapitel Landestheater ein Antrag Schermann (Jr.) auf hälftige Teilung des Abmangels zwischen Staat und Stadt Stuttgart abgelehnt, dagegen eine Beschließung zugestimmt. Die Aufnahme von Verhandlungen und Uebernahme eines höheren Anteils der Stadt Stuttgart an der Defizit. Ein Antrag Dr. Müllerberger (Dem.) betr. beamtentliche Anstellung der Mitglieder des Theatervereins wurde der Regierung zur Erhaltung übergeben. Schließlich wurden noch die restlichen Kapitel ohne erhebliche Erörterung genehmigt.

Badens Dank an Württemberg.

Karlsruhe, 14. Febr. Vor Eintritt in die Tagesordnung der heute nachmittags abgehaltenen Sitzung des Landtags vortrug der Landtagspräsident Wittenmann in einer Ansprache gegen den französischen Einbruch in badisches Gebiet. Der Präsident erklärte, der badische Landtag erkenne in vollem Umfang das an, was die Reichsregierung und die badische Regierung in dieser Angelegenheit getan hätten. Er hoffe von der Bevölkerung des besetzten Gebiets Treue zur badischen Heimat und zum Deutschen Reich. Dem württembergischen Landtagspräsidenten Dr. Ueber dankte Landtagspräsident Wittenmann für die herzliche Behandlung der Teilnahme Schwabens an der Heimführung, die aber Baden gekommen ist. Das gesamte Haus, mit Ausnahme der Kommunisten, billigte in vollem Umfang die Ausführungen des Präsidenten. Die Kommunisten ließen erklären, daß sie auch gegen die Befreiung badischen Gebiets protestierten, dagegen wünschten, daß die ganze Befreiungsfrage im Landtag erörtert werde, um die wahren Ursachen der Befreiung darzulegen.

Gewalt und wieder Gewalt.

Essen, 14. Febr. Divisionärgeneral Journer hat dem Bürgermeister der Stadt Essen in einem Schreiben mitgeteilt, daß er auf Grund der Weigerung der Hotelbesitzer und Kaufleute, Angehörige der alliierten Armeen zu bedienen, folgende Maßnahmen getroffen habe: 1. Das Hotel Handelshof wird martriert. 2. Allen alliierten Militär- und Zivilpersonen wird das Recht eingeräumt, sich in allen dem Publikum geöffneten Lokalen zu lassen. In Weigerungsfälle werden die Lokale geräumt. Erforderlichenfalls wird auch Gewalt angewandt. 3. Den alliierten Militär- und Zivilpersonen wird das Recht eingeräumt, in allen dem Publikum geöffneten Lokalen zu kaufen, was sie nötig haben. Falls die Geschäftsinhaber den Verkauf verweigern, werden die Geschäfte geschlossen und erforderlichenfalls Gewalt angewandt.

Essen, 15. Febr. Der Oberbürgermeister der Stadt Essen hat dem General Journer gegen die in Aussicht genommenen Maßnahmen gegen die Gasthausbesitzer und die Geschäftsinhaber der Beweigerung der Warenabgabe an Angehörige der alliierten Armeen scharfsten Einspruch erhoben. Nach den deutschen Gesetzen könne kein Deutscher das Recht in Anspruch nehmen, in einem Gasthaus zu werden oder in einem Gasthaus Waren zu erwerben. Ebenfalls könne auch die Anordnung des Generals dieses Recht fremden Militär- und Zivilpersonen eingeräumt werden. — Der Syndikus des

Detailistenverbandes Essen ist gestern von den Franzosen verhaftet und nach Brebeney gebracht worden. Anlaß hierzu gab der Beschluß des Ringeinwerbes, den Franzosen nichts mehr zu verkaufen.

Französisches Scherengericht.

Am 16. Februar finden vor dem französischen Kriegsgericht in Essen-Bredney öffentliche Verhandlungen statt gegen den Oberbürgermeister Krenschmarck-Oberhausen, der sich weigerte, den von belgischem Militär besetzten Bahnhof Oberhausen mit elektrischem Strom und Gas zu versorgen. Ferner gegen den Direktor Buhmann vom Rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerk, gegen den Bürgermeister Schäfer-Essen wegen Nichtlieferung von Kohlen und anderen Dingen und gegen den Syndikus Gubens vom Kleinhandelsverband Essen.

Drohende Angriffe in Gelsenkirchen.

Gelsenkirchen, 15. Febr. Ein neuer Zwischenfall ereignete sich gestern nachmittag um 4 Uhr, als ein französischer Offizier, der am Hauptbahnhof stand, sich provozierend benahm und mit der Straßenbahn in der Richtung Bochum fahren wollte. Die Volksmenge, die um diese Zeit außerordentlich zahlreich ist, verhinderte die Abfahrt des Straßenbahnwagens, worauf der Offizier diesen verließ. Er wurde von der Menge in die Hindenburgstraße abgedrängt. Plötzlich zog er, ohne daß ihm eine Weisung erteilt worden wäre, seine Pistole und richtete sie auf die Menge. In demselben Augenblick kam eine Polizeistreife, der es nach vielen Bemühungen gelang, an den Offizier heranzukommen. Der Offizier überreichte dem Beamten seine Pistole und bat, ihn zu schützen. Obwohl die Polizei alles tat, um den Offizier vor der erregten Volksmenge in Schutz zu nehmen, gelang es ihr nicht, ihn vor einigen Schlägen und Fußtritten zu bewahren. Der Offizier wurde schließlich im Polizeipräsidium untergebracht, wo er eine kleine Wunde am Kopf von dem Arat verbunden erhielt. Die Wunde wird als ungefährlich bezeichnet. Bei der ersten Gelegenheit wurde der Offizier seinem Ziele zugeführt. Gegen Abend umlagerten Tausende von Menschen das Polizeipräsidium.

Gelsenkirchen, 15. Febr. Die vorgestern von den Franzosen hier verhafteten Personen befinden sich in Recklinghausen. Von den verhafteten Polizeibeamten wurden 31 Mann ins Gefängnis geworfen. Der Oberbürgermeister, der Bürgermeister, der Polizeipräsident, der Reichsbahndirektor und der Polizeimajor wurden gemeinsam in einer Zelle untergebracht. Für die Nacht wurden den Beamten weder Stroh noch Decken zur Verfügung gestellt, so daß sie gezwungen waren, in ihren Kleidern auf dem bloßen Fußboden zu schlafen. Einige Polizeibeamte wurden auf dem Transport verwundet. Einem großen Teil der Beamten wurden weder Schuhe noch Strümpfe gelassen. Der größte Teil ist ohne Kopfbedeckung.

Entschlossene Zubereitung der deutschen Großindustriellen.

Die deutschen Großindustriellen denken gar nicht daran, mit der französischen Industrie in Unterhandlungen zu treten, um abzumachen nach der haarsträubenden Behandlung, die ihren Führern in Mainz zuteil geworden ist. Sie denken aber vor allem nicht daran, irgendwie die Regierung beeinflussen zu wollen, auch nur einen Schritt von dem Wege abzugeben, den sie für den richtigen erkennen. Man ist sich bewußt, daß die nächsten Wochen uns außerordentliche Prüfungen auferlegen werden, ebenso bestimmt rechnet man aber mit einem deutschen Enderfolg.

Sicherung der Lohnzahlungen im besetzten Gebiet.

In Düren und Köln haben am 10. und 12. Februar Beratungen zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften über die Sicherung der Lohnzahlung im allbesetzten Gebiet stattgefunden, die zu einer Vereinbarung führten. Ein ähnliches Abkommen soll auch im nichtbesetzten Gebiet abgeschlossen werden. Durch die Vereinbarung trägt der Arbeitgeber die Lohnzahlung, solange er dazu imstande ist, ohne den wirtschaftlichen Fortbestand seines Betriebs zu gefährden; andernfalls tritt die Rhein- und Ruhrhilfe ein. Die Durchführung der Lohnsicherung übernimmt die Interessengemeinschaft rheinischer Arbeitgeberverbände in enger Fühlung mit den Gewerkschaften. Einem zu bildenden paritätischen Ausschuss, der sich unter dem Vorsitz eines Unparteiischen und drei Arbeitnehmer- und drei Arbeitgebervertretern zusammensetzt, liegt die Anstellung von Kontrolllinien für die Organisation und Durchführung der Lohnsicherung ob. Die Lohnzahlung aus der Rhein-Ruhrhilfe scheidet aus, wenn die Arbeitnehmer die Uebernahme von Arbeit ohne erheblichen Grund ablehnen und weiter bei Arbeitskämpfen.

Befreiung von Personenzügen durch die Franzosen.

Elberfeld, 14. Febr. Seit gestern nachmittag 3 Uhr werden auf allen Kontrollstellen metallurgische Erzeugnisse aus dem besetzten Gebiet nicht mehr durchgelassen. Seit heute vormittag werden auch an einigen Stellen keine Lebensmittel aus dem besetzten Gebiet herausgelassen. In Elberfeld ist daher keine Milch aus der Gegend von Remscheid eingetroffen. Gestern nachmittag wurden die Personen- und Schnellzüge Dagen-Linna auf freier Strecke bei dem Bahnhof Dingsfelde festgehalten und revidiert. Die ersten Büge, die von dieser neuen Maßnahme nicht unterrichtet waren und den Saltsignalen der Franzosen daher keine Folge leisteten, wurden beschossen. Sämtliche Personenzüge werden seither dort revidiert. Auf den mili-

tarisierten Strecken ist der Verkehr schwach. Eine Anzahl von Beamten ist verhaftet worden, teilweise unter der Anschuldigung der Sabotage. Sie befinden sich in den Gefängnissen zu Bonn, Aachen und Duisburg.

Neues Eisenbahnunglück auf der Strecke Düsseldorf-Essen?

Gerüchte weise verlautet, daß auf der militarisierten Eisenbahnlinie Düsseldorf-Essen Dienstag nachmittag sich ein großes Eisenbahnunglück ereignet hat. Seit gestern nachmittag ist Düsseldorf von den verschiedenen Fernsprechstämmern des Ruhrreviers nicht mehr zu erreichen. Auch Köln kann seit gestern mittag nicht mehr mit Düsseldorf sprechen. Man nimmt an, daß die Franzosen das Bekanntwerden des Unglücks verhindern wollen.

Ruhebedatte im englischen Oberhaus.

London, 14. Febr. In seiner Rede im Oberhaus sprach Lord Curzon zunächst über die Lausanner Konferenz und sagte dann: „Kein einziges europäisches Problem kann durch eine einzige Nation allein gelöst werden. Frankreich kann im Ruhrgebiet das deutsche Problem nicht allein lösen und weder wir noch Frankreich können das Orientproblem allein regeln, nicht nur, weil die Türken keine Gelegenheit vorbeiziehen lassen, um eine Macht gegen die andere auszuspielen, sondern auch, weil alle Mächte dasselbe Interesse an der Lösung dieses Problems haben.“ Daraus ergab sich der Führer der Opposition, Lord Grey, das Wort und erklärte, daß die außerordentliche Lage außerordentlich finster sei. Die einzige Lösung der Reparationsfrage liegt nach der Meinung Lord Greys in einer scheidrichterlichen Tätigkeit des Völkerbunds. Außenminister Lord Curzon antwortete, daß in dem Tumult der Argumente die Waagschale zugunsten der Beibehaltung der englischen Truppen am Rhein sinke. Er fügte hinzu, daß im Augenblick jede englische Intervention in dem deutsch-französischen Konflikt nur zu einem Mißerfolg führen würde.

Bonar Law über die Vorgeschichte der Ruhrbesetzung.

Bonar Law gab in seiner Rede eine ausführliche Darstellung der Londoner und Pariser Konferenzen, in denen die englischen Vorschläge von Frankreich abgelehnt wurden und Poincare feindliche Vorschläge machte, die England nicht akzeptieren konnte. „In London“, so erklärte Bonar Law, „sagte uns Poincare, daß er zwei Bedingungen zu stellen habe, ehe er unsere Vorschläge mit uns diskutieren wollte. Die erste war der Einmarsch in das Ruhrgebiet, an dem wir nicht teilnehmen wollten. Die zweite war, daß die Schuldsomme Deutschlands nur dann herabgesetzt werden dürfte, wenn gleichzeitig die Forderungen der alliierten Frankreichs reduziert würden. Dann gingen wir nach Paris. Die Gründe, aus denen dort unsere Vorschläge abgelehnt wurden, waren die folgenden: Man sagte uns zunächst, daß unsere Vorschläge nicht mit dem Versailler Vertrag in Einklang ständen. Wir antworteten durch eine Note, in der wir festhielten, daß nichts an unseren Vorschlägen dem Versailler Friedensvertrag widerspreche. Ueberdies wäre unser Programm nicht ein endgültiges. Wir waren gerüstet, darüber zu diskutieren. Frankreich aber diskuterte nicht darüber. Unsere Vorschläge wurden abgelehnt, weil wir für die Kontrollkommission einen deutschen Vorsitzenden vorschlugen. Wir wollten damit vor der Welt feststellen, daß der Akzeptierung der deutschen Schuldsomme alle möglichen Vorichtsmaßnahmen im Hinblick auf die Unparteilichkeit der Kommission getroffen wurden. Unsere Vorschläge wurden in Wirklichkeit aus einem anderen Grunde abgelehnt. Wir verlangten eine Summe von 2500 Millionen Pfund Sterling. Es erschien unseren französischen Verbündeten nicht unmöglich, daß Deutschland im Verlauf von 15 oder 20 Jahren eine derartige Summe im ganzen bezahlen könnte und daß es sich dann in einer viel stärkeren Lage als vor dem Kriege befinden würde. Dieses Gefühl der mangelnden Sicherheit, das dem Geiste der Franzosen nicht genommen werden kann, ist der wahre Grund für die Ablehnung unserer Vorschläge gewesen.“

Bonar Law erklärte weiterhin, daß er von Deutschland alles, was nach menschenmöglichem Wissen verlangt werden könnte, fordern wollte. Er behaupte, daß seine Vorschläge keine Berücksichtigung gefunden haben. Nachdem er die französischen Argumente weiter ausgeführt hatte, sagte er, daß darin nicht nur die Ansichten des Herrn Poincare, sondern auch die des französischen Parlaments enthalten seien. „Keine französische Regierung“, so fuhr er fort, hätte vor der Kammer einen Tag bestehen können, wenn sie nicht die Poincare'schen Vorschläge unterstützt hätte. Warum? Weil nach meiner Ansicht die Franzosen, und zwar ebenso die Politiker wie die breite Bevölkerung vor einer Alternative stehen. Sie müßten von Deutschland Geld bekommen, weil ihr Budget davon abhängt. Sie fürchten aber gleichzeitig, daß Deutschland stark genug sein könnte, zu bezahlen.“ Weiterhin erklärte Bonar Law, daß er vorgeschlagen hätte, die französischen und italienischen Schulden an Großbritannien zu streichen, wenn die englischen Vorschläge angenommen werden würden. Er betonte, daß die englische finanzielle Lage nur deshalb so stark sei, weil dem englischen Volk sehr große Steuern auferlegt worden sind. Was, so fuhr er fort, hätten wir tun können, nachdem Frankreich beschloßen hatte, seinen Plan auszuführen? Wir konnten zu unseren Verbündeten nicht sagen, daß damit die Entente aufgehört. Ich habe die Ueberzeugung, daß Frankreich mit der

Was ist Feurio?
Feurio ist der uralte Feuerfuss, bedeutet Gefahr. Ihre Wäsche leidet mehr durch häufiges Waschen mit scharfen Waschmitteln als durch den Gebrauch. Verwenden Sie daher nur hochwertige Seifen, die frei sind von schädlichen Alkalien. Feurio Haushaltsseife enthält 80% Fett, schon daher die Wäsche und ist sparsam im Gebrauch.
Vereinigte Seifenfabriken Stuttgart A.-G.



Zurückführung seines Ruheplanes eine Katastrophe herbeiführen wird." Wir haben auf der letzten Sitzung der Konferenz das gesagt. Aber wir können noch nicht das Ende der Aktion absehen. Es ist sicher richtig, daß Frankreich bis jetzt nichts aus dem Ruhrgebiet gewinnen konnte. Es ist aber ebenso wahr, daß das Ruhrgebiet die Schlagader der deutschen Industrie darstellt und daß Frankreich mit einem Schnitt in diese Ader Deutschland einen sehr großen Schaden zufügt. Nun hat sich ein hartnäckiger Kampf zwischen den Tendenzen der beiden Länder entworfen und was immer daraus werden sollte, ich sehe nicht, daß die Zukunft befriedigend werden könnte. Die französische Regierung, die sich in diese Affäre begeben hat, ist

gezwungen, bis zum Ende zu gehen und wenn sie Erfolg hat, der deutschen Regierung die Annahme ihrer Bedingungen aufzulegen. Auf welcher Grundlage wird man verhandeln können? Die französische Regierung wird nicht die bedeutenden Summen erlangen können, die sie fordert. Das ist unmöglich. Als aufrichtiger Freund Frankreichs, der ich bin, kann ich erklären, was Frankreich bei dieser Aktion zuten wird. Deutschland mit einer Bevölkerung, die in 20 Jahren doppelt so groß sein wird, wie die französische, bedeutet zweifellos eine Bedrohung für Frankreich. Diese Bedrohung ist eine unmittelbare. Sie liegt in der Zukunft. Die Aktion unseres französischen Freundes kann nur den Erfolg haben, die Einigkeit der

Parteien in Deutschland zu fördern. Damit wird der Nationalismus und die deutsche Gefahr vergrößert."



Die größte Auswahl in **Kinderwagen, Klapp-Sportwagen** in einlach bis hochsein. **Kindermöbel, Ruhestühle, Koffer und Lederwaren** & niedrigerer Ausführung kaufen Sie billig bei **Wilh. Bross, Pforzheim**, Ecke Zerrorstrasse und Rannstrasse.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Mietzinse.

Der Gemeinderat hat am 13. ds. Mts. beschlossen, für die Betriebskosten, ausschließlich Verwaltungskosten, das Umlegeverfahren beizubehalten und für laufende und große Instandsetzungsarbeiten höhere Hundertsätze als vom Ministerium des Innern bestimmt nicht festzusetzen. Demzufolge berechnet sich vom 1. Februar 1923 ab die gesetzliche Miete bei monatlicher Zahlung wie folgt:

1. Grundmiete 92 v. H.
 2. Zuschläge zur Grundmiete:
 - a) für Hypothekenzinssteigerung allgemein 40 v. H.
 - b) für Verwaltungskosten 375 v. H.
 - c) für sonstige Betriebskosten (Gebäudesteuer, Brandschadensumlage mit Feuerungs-Versicherung, Hauspflicht, Wohnungsabgabe, Wasserzins, Aborte-entleerung, Kammerreinigung, Müllabfuhr) Umlage sämtlicher Kosten.
 - d) für laufende Instandsetzungsarbeiten . . . 2000 v. H. außerdem für jeden Untermieter 50 v. H.
 - e) für große Instandsetzungsarbeiten . . . 2000 v. H.
- Der Zuschlag zu 2d erhöht sich bei Verwendung der Wohnräume zu geschäftlichen Zwecken um 1/2tel an 2000 v. H. Die Sätze entsprechen bei gewöhnlichen Verhältnissen dem 41/2fachen der ganzen Friedensmiete (die 8% sind bei dieser Berechnung schon abgezogen). Dazu tritt noch der Anteil an den Betriebskosten — oben 2c —. Es wird Vermietern und Mietern empfohlen, sich in Güte zu einigen. Bei nicht monatlicher Bezahlung treten zu den oben aufgeführten Sätzen noch die vom Ministerium festgesetzten erheblichen Zuschläge.

Stadtschultheiß **Rudol.**

Gemeinde Waldrennach,

Oberamt Neuenbürg.



Langholz-Verkauf.

Die hiesige Gemeinde verkauft aus ihren Gemeindegewaldungen in 3 Losen aus

Abt. Schmalteich (Los 1):
37 Stück tannen Langholz mit 29,15 Fm. I. Kl., 7,10 Fm. II. Kl., 7,98 Fm. III. Kl., 1,46 Fm. IV. Kl., 1,65 Fm. V. Kl., 0,67 Fm. VI. Kl.;

Abt. Hummelrain (Los 2):
15,69 Fm. III. Kl., 15,20 Fm. IV. Kl., 6,67 Fm. V. Kl., 0,81 Fm. VI. Kl.;

Abt. Stollenwald (Los 3):
18,46 Fm. II. Kl., 31,33 Fm. III. Kl., 4,49 Fm. IV. Kl., 19,70 Fm. V. Kl., 0,14 VI. Kl.

Stammholz-Laubholz:
Eichen-Stammholz: 1,27 Fm. IV. Kl., 0,44 V. Kl., 0,58 Festscheiter VI. Kl.;

Buchen-Stammholz: 1,43 Fm. IV. Kl.

Schriftliche Angebote in Prozenten der vom 1. Januar ds. J. ab geltenden Landesgrundpreise wollen bis **Montag, den 19. Februar d. J., nachmittags 6 Uhr,** beim Schultheißenamt eingereicht werden. Der Eröffnung der Offerten können die Bielenden anwohnen. Bedingungen können beim Schultheißenamt eingesehen werden. Das Holz ist schon, Abfuhr günstig. Auszüge besorgt Forstwart **Wagner** hier.

Den 13. Februar 1923. **Gemeinderat.**

Mehger-Innung Neuenbürg-Wildbad Sitz Wildbad.

Von heute ab treten nachstehende Fleischpreise in Kraft:

Ohnenfleisch	p. Pfd.	Mk. 3900
Rindfleisch 1. Kl.	" "	Mk. 3900
Kalbfleisch	" "	Mk. 3600
Schweinefleisch	" "	Mk. 3500
Ruhfleisch 1. Kl.	" "	Mk. 2500
" 2. Kl.	" "	Mk. 2200
Hammelfleisch	" "	Mk. 3100

Eyachmühle, den 14. Februar 1923.

Statt besonderer Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir die schmerzliche Mitteilung, dass unsere liebe, gute, unvergessliche Mutter, Gross- und Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Friedrike Schöttle Wtw., geb. Burkhardt,

Mittwoch abend 6 Uhr nach langer, schwerer Krankheit im Alter von 67 1/2 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Familie Wilhelm Schöttle, Familie Carl Schöttle, Familie Carl Bauer, Friedrike und Emilie Schöttle.

Beerdigung: Samstag nachmittag 3 Uhr in Döbel.

Höfen a. d. Euz, den 15. Februar 1923.

Todes-Anzeige.

Durch Gottes unerforschlichen Ratsschluss wurde meine treubeforgte Gattin und herzensgute Mutter meiner 6 Kinder, Tochter, Schwester und Schwägerin

Mina Großmann, geb. Andler,

im Alter von nahezu 40 Jahren unerwartet rasch von mir genommen.

In tiefem Schmerz:
Der Gatte: Georg Großmann.

Beerdigung: Freitag nachmittag 1/3 3 Uhr.

Dennach, den 14. Februar 1923.

Todes-Anzeige.

Gestern entschlief nach kurzer, schwerer Krankheit unser lieber Vater und Großvater

Jakob König, alt Waldschüt,

im Alter von 78 Jahren.

In Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Wilhelm König, Postbote.

Beerdigung: Freitag nachmittag 3 Uhr.

Calmbach, den 14. Februar 1923.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem schweren Verluste unseres lieben Gatten und Vaters, für die zahlreiche Leichenbegleitung, die ehrenden Kranznieberlegungen, sowie allen denen, die ihn während seines Krankenlagers erfreuten, sei herzlichster Dank

Luisa Wurster mit Kindern.

Rheinische Creditbank, Niederlassung Herrenalb

14. Februar 1923.

Devisen: Amtl. Mittelfurse:	Industrie-Aktien:
America 23497 1/2	Dapag 10000
Dolland 925 1/2	Karbb. Plag 2 1/2
Sawel 447 1/2	Deutsck. Banl 20000
England 110750	Disconto-Ges., Parole 10000
Frankreich 1425	Rhein. Creditbanl.-Akt. 10000
Reichsbanknoten:	Würt. Vereinsbanl.-Akt. 10000
5% R. Reichsbanknote 95	Badische Anl.-Akt. 25000
4% " " 1000	Höcher Farbwerke Akt. 25000
3 1/2% " " 640	Hochwerr. Guß.-Akt. 25000
3% " " 4800	Di. Lugenb. Bergw.-Akt. 10000
Teich. Sparkassenanleihe	Harpenier Bergw.-Akt. 10000
4% Würt. Staatsanleihe 121	Beny-Rotoren-Akt. 10000
3 1/2% " " u. 1877 80	Dolmetsch-Rotoren-Akt. 10000
3 1/2% " " versch. 85-100	Badenia-Waldschneid.-Akt. 10000
3% " " " 620	Heidelberg. Gemeinn.-Akt. 25000
Stadtsanleihen u. Pfandbriefe:	Alt-Rottweil 25000
4% Stutt. Stadtbl. 100	Währder Jungb.-Akt. 25000
3 1/2% " " u. 1877-80 80	Salzwedel-Hellbrunn Akt. 25000
3 1/2% " " u. 1904 80	
4% B. Gop.-Pfbbl. 100	
	100

Tendenz: fest befähigt

Schwann.

Zugelaufen

ein **Dackshund**, Innerhalb 3 Tagen abzuholen gegen Einrückungsgebühr und Futtergeld **Friedrich Bauer** h. d. Kirche.

Schwarzenberg.

Zugelaufen

ein **Dackshund**; derselbe kann innerhalb 3 Tagen abgeholt werden gegen Einrückungsgebühr und Futtergeld. **Johann Bauer.**

Herrenalb.

2 guterhaltene, mittlere **Rothherde** mit 3 Kälbern verkauft **Erhard Würble**, Telef.-N. 80

Visitenkarten

liefert rasch und billig

C. C. W. h'sche Buchdruckerei.

Dixin das dankbare Seifenpulver

ist sparsam im Gebrauch und billig.

ALLEINIGES HERSTELLER: **HENKEL & Co., DUSSELDORF**

Heu und Dehnd

gut eingbracht, zu verkaufen **Vögelteufel-Industrie**

Bezugsverträge:
Kassisch in Neuenbürg
1920. Durch die Voll-
in Calw- und Oberamts-
nachst, lassen im Januar
in hiesigen Verlehe 1920
mit Postbeleg 1920

In Fällen von 18-erer We-
nach befehlt kein Anbruch
auf Herstellung der Zeitung
aber mit Rücksichtigung des
Bezugsverlehes.

Bestellungen nehmen alle
Kassisch, in Neuenbürg
schreiben die Austräge
jed. Tag an gegen.

Postkonto Nr. 24 bei der
O.A. Sparkasse Neuenbürg.

Nr. 39.

Der

Offenburg, 15. Febr.
Oberamtsmann Schwörer in
sich die Soldaten neben dem
en, fortgeschickt und auf d
und Kunden ausgeführt. A
Wirkungsbereich Angewiesener
mit Dr. Viktor Schwörer
Unterricht und des Arztes
Zaarbrücken, 15. Febr.
Freiwilligen Arbeiter durch
Schlag wurden Streikende
aufgehängtem Zeitungswe
Offen, 15. Febr. Die
General-Journier ist bereit
des heutigen Tages dem C
und deutlich zum Ausdruck
Einbringung betrachtet wo
Bewährung über das Beck
eine Verantwortung der B
Bewährung, die diese zum
nächst übernommen werde
Offen, 15. Febr. Geste
man von den Rheinisch-Elb
den Betriebe heraus von e
hört. Die Franzosen ver
Bewährung eines höheren Off
Lohnwagen mit Soldaten u
hören und Arbeiter lesen
Wohls Duationen dar und
sich aus. Es wurde D
angeführt. Die erregten B
Die Verhaftung ist verman
dort Kaiserhof, der S
ten, ohne elektrisches Licht
Bohum, 15. Febr. W
man, bei dem ein französisch
Stadt Bochum eine Luise v
— In Westerholt bei Buer
den Soldaten überfallen u
Kochen, 13. Febr. Der
jaldemokratischen Freien
den mittig verhaftet, gefess
lich ausgehiesen. Seine Ge
mit einer Frist von 3 Tagen

Bärtembe

Stuttgart, 14. Febr.
wünscht die Anfrage Widrs
an Franzosen durch die U
bei dem Justizminister bea
mehendere Verfügung aus
der Betrag sei die Reichsre
kunt und Verpflegung der
Waise zu sorgen. Da diese
von Franzosen einfall noch
Stuttgart die Angehörigen d
werden, die Angehörigen d
bei auch weiterhin zu bedien
en auch gelang. Dann g
bei Arbeits- und Ernäh
fand ärmere Worte über
Imperialismus am Niederr
nach die Bährungsberreit
Förderung hervorgeru
na. Wir müssen alles tun,
nichts so weit als möglic
Waise weiteren Einfluß auf
Arbeitsmittel gewinnen. E
eine beinahe andachtslose
Zolltarif. Vor allem in
Kommung des Handelsman
Arbeitsbeschäftiger, und zur
wünschen. Nach das immer
Waise müsse bekämpft wer
Waise, daß wir die Ru
sch, Ruhe und Arbeit, un
wirtschaftlichen Verfallung
in sich anschließenden Deb
Waise Bezahlung des Ar
Arbeitsapparat bei der Lan
ter des Baurbundes mein
Frankreichs auch die Erfüll
an der Vögelteufel-Indust
Der Baurbund lehne da
es beschließig sei. Von der
Relämpfung des Waiders
Waise die Ausführungen i
Waise beschließen Arbeiter
die Waise, Die Kommun
tragen ein, in denen Befä
der Ernährung und Verbo
Nach längerer Ausführung